



Waiblingen

Stadtwald hat Sturm und Schnee gut überstanden

Revierförster will dieses Jahr
3900 Festmeter Holz schlagen

Seite B 1

Weinstadt

Bauernkriegsmuseum schließt für mehr als ein Jahr

Die letzte Chance für einen Besuch
vor dem Umbau gibt es am Sonntag

Seite B 3

Rems-Murr

Warnstreik bei Coca-Cola in Urbach

Rund 120 Beschäftigte folgen
Aufruf der Gewerkschaft NGG

Seite C 4

Rems-Murr

Info-Veranstaltung des Vereins „Schützt die Buocher Höhe“

Die Korber Remstalhalle gut gefüllt,
die Diskussionskultur angenehm
fair, die Fülle der Argumente fulmi-
nant: eine Bilanz zur Info-Veranstal-
tung des Vereins „Schützt die Buocher
Höhe“.

Seite C 3



Die Korber Remstalhalle war gut gefüllt.

Wir sind für Sie da

Aboservice (071 51) 566 - 444
aboservice@zvw.de

Anzeigen (071 51) 566 - 411
anzeigen@zvw.de

Redaktion (0 71 51) 566 - 576
waiblingen@zvw.de

Lokal (0 71 51) 566 - 275
lokal@zvw.de

Kreis (0 71 51) 566 - 262
sport@zvw.de

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
7748,13 Pkt. + 40,59 Pkt.	2722,96 Pkt. + 14,68 Pkt.	1,3324 Dollar + 0,12 Cent

Wetter



Mittags - 4°
Nachts - 9°
Häufig stark bewölkt,
vereinzelt fällt Schnee



Galerie Stihl Waiblingen zeigt Kleidsames aus Papier



Ein Kleid kann eine knisternde Angelegenheit sein. Garantiert dann, wenn es aus Papier gemacht ist. Die Galerie Stihl Waiblingen zeigt ab

Samstag Mode aus Zellulose. Und zwar aus der kurzen Blüte der Pop-Kultur Ende der 60er Jahre in den USA. Sowie aus den Ateliers von Meister-

Modemachern der Gegenwart. Galerieleiterin Zara Reckermann führt hier durch die apart inszenierte Schau. Bild: Bernhardt

Seite C 1

Fünf weitere G-9-Gymnasien für die Region

VON MARIA WETZEL

STUTTGART. In der Region Stuttgart werden zum Schuljahr 2013/14 fünf weitere Gymnasien neunjährige Züge anbieten. Das hat Kultusminister Andreas Stoch (SPD) am Donnerstag in Stuttgart bekanntgegeben.

Das Ministerium genehmigte insgesamt 22 von 52 Anträgen, darunter zwei Anträge aus Stuttgart sowie je einen aus Ludwigsburg, Rutesheim, Backnang und Schwäbisch Gmünd. Damit können ab dem Schuljahr 2013/14 Schüler an insgesamt 44 der 378 Gymnasien im Land das Abitur wieder nach neun Jahren ablegen. 2004 war die Gymnasialzeit auf acht Jahre verkürzt worden, 2012 machte der letzte G-9-Jahrgang Abitur.

Weitere G-9-Gymnasien werde es in dieser Legislaturperiode nicht geben, sagte Stoch. Der Landeselternbeirat, der Philologenverband und der Städtetag fordern einen weiteren Ausbau. Die SPD-Fraktion ist dafür, die Grünen lehnen das ab. Mit 16 der 44 neunjährigen Gymnasien ist der Regierungsbezirk Stuttgart am besten versorgt. Möglich wurde dies, weil in Südbaden in fünf Kreisen keine Anträge gestellt wurden.

Platzverbote sollen gegen Saufgelage helfen

Kretschmann lässt sich von Vorbehalten nicht abbringen – Auch Sperrzonen wieder Thema

Was Schwarz-Gelb nicht gelungen ist, gestaltet sich auch bei der grün-roten Landesregierung als zähes Ringen: Saufgelage auf öffentlichen Plätzen und in Fußgängerzonen zu unterbinden.

VON GREGOR PREISS

STUTTGART. Eigentlich war das Thema Alkoholverbote im öffentlichen Raum – sprich: das Errichten von Sperrzonen – schon vom Tisch. Grüne und SPD hatten sich auf Parteitag mehrheitlich dagegen ausgesprochen. Die obersten Befürworter solcher Verbote, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Innenminister Reinhold Gall (SPD), wollen sich aber nicht

damit abfinden und dieses Instrument im Rahmen einer Arbeitsgruppe noch einmal auf den Prüfstand stellen. Das ist das Ergebnis eines Runden Tisches, zu dem am Donnerstag Vertreter der Landespolitik, von Kommunen und der Polizei zusammengekommen waren.

„Wir werden nicht die Flügel strecken“, sagte Kretschmann. „Das wäre nicht der erste Parteitagbeschluss, der noch einmal geändert wird.“ Innenminister Gall erklärte: „Ich erwarte von allen in meiner Partei, dass man eine Meinung, die man vor fünf Jahren gefällig hat, auch noch mal zu überdenken bereit ist.“

Die Arbeitsgruppe, deren Zusammensetzung noch nicht feststeht, soll sämtliche bestehende Gesetze zum Schutz vor Alkoholmissbrauch sowie verschiedene neue Vor-

schläge beraten. Dazu zählt auch die abgeschwächte Version der Sperrzone, Platzverbote für einzelne Jugendliche. Diese sollen, auf ein Jahr befristet, verhängt werden können. Darauf hatten sich die Grünen intern als Kompromiss geeinigt. In der Landesregierung geht man davon aus, dass diese Lösung am Ende die besten Chancen haben dürfte, da sich die Widerstände gegen ein generelles Verbot nicht so leicht überwinden lassen werden.

Doch auch dagegen gibt es innerparteilich große Vorbehalte. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel sprach von einem „Schnellschuss“; die Grüne Jugend wehrt sich gegen jegliche Verbote. Sie fordert mehr Prävention und bessere Kontrollen beim Verkauf von Alkohol an Jugendliche.

Tagesthema

Da kommt man ins Krümeln

Unbekannte haben am Gebäude des Keks-herstellers Bahlsen in Hannover das Wahrzeichen der Firma abmontiert – und keiner hat's gemerkt. Zuletzt wurde der große goldene Keks am 4. Januar gesehen. Erst am 21. Januar fiel einer Mitarbeiterin auf, dass da in fünf Meter Höhe was fehlt. Dazwischen hat keiner vor Betreten des Gebäudes mal kurz hochgeschaut, alle stiefelten mit dem Kopf nach unten zur Arbeit. Da muss der Bahlsen-Chef aber mal ein ernstes Törtchen mit der Belegschaft reden, so geht das nicht weiter. Über die Täter weiß man bislang nur, dass sie keinen Krümel hinterlassen haben. Das Krümelmonster aus der „Sesamstraße“ scheidet somit als Täter schon mal aus. (rai)



Katastrophen-Experte: Deutschland ist verwundbar

Im Krisenfall könnte es an Energie und Nahrung fehlen

VON WALTHER ROSENBERGER

BERLIN. Die Verwundbarkeit Deutschlands bei Katastrophenfällen steigt. Bei Flughäfen, bei der Wasserversorgung oder den Stromnetzen sanken die technischen „Risikopuffer für den Krisenfall“, sagte der Geschäftsführer des Berliner Kompetenzzentrums Kritische Infrastrukturen (KKI), Stephan Boy, unserer Zeitung.

Auch die Versorgung mit Nahrungsmitteln sei „extrem verletzlich“. Wegen unzureichender Lagerhaltung, etwa in Supermärkten oder Kühlhäusern, könnte der Nahrungsmittelnachschub mitunter schon nach einem Tag ins Stocken geraten.

Speziell Energieversorger haben in den vergangenen Monaten mehrfach vor der Gefahr großflächiger Stromausfälle in Deutschland gewarnt, die mit geringer Zeitverzögerung den Zusammenbruch weiterer versorgungskritischer Infrastruktur nach sich ziehen könnten. So würde das Ausbleiben des Stroms direkt auf die Versorgung der Bürger mit Trinkwasser durchschlagen, sagte Boy. Ähnliches gelte für den öffentlichen Nahverkehr oder die Abwasserwirtschaft. Notsysteme, etwa unabhängige Stromgeneratoren, seien nicht immer vorhanden. Im Extremfall könne es Tage und Wochen dauern, bis sich die Lage wieder normalisiere.

Mehr Hoffnung auf eine Lehrstelle

Stuttgart will arbeitswilligen Hauptschulabsolventen Einstieg in den Beruf garantieren – Finanzierung muss geklärt werden

VON EVA FUNKE

STUTTGART. In Stuttgart können jetzt auch Jugendliche mit wenig Chancen auf einen Ausbildungsplatz hoffen, nicht leer auszugehen. In der Stadtverwaltung gibt es Überlegungen, jedem ausbildungswilligen und -fähigen Hauptschulabsolventen einen Ausbildungsplatz zu garantieren.

Zurück geht diese Idee auf eine Studie des Deutschen Jugendinstituts München. Sie kommt zu dem Ergebnis: Etwa 20 Prozent

der Hauptschulabsolventen in Stuttgart haben im dritten Jahr nach ihrem Abschluss immer noch keine Arbeit – oder machen Jobs, für die keine Qualifikation notwendig ist – oder stecken in berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Um zu verhindern, dass diese Jugendlichen in die Langzeitarbeitslosigkeit rutschen, wurde zunächst das Projekt „Ausbildungschance“ ins Leben gerufen.

Getragen wird das Projekt, an dem außer der Stadt auch das Jobcenter beteiligt ist,

von der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart (Eva) und der Caritas Stuttgart. Deren Mitarbeiter suchen für die Jugendlichen bei Stuttgarter Betrieben geeignete Lehrstellen. Der Berufsschulunterricht findet in kleinen Klassen mit nicht mehr als zwölf Schülern in einer extra von der Eva eingerichteten Berufsschule statt. Außerdem gibt es Nachhilfe in Kernfächern wie Mathe und Wirtschaft, und die Jugendlichen haben einen Betreuer, der sie bei schulischen und persönlichen Problemen unterstützt.

Tagesthema

Schnapsidee

Platzverbote für Betrunkene – ein untauglicher Kompromiss

VON GREGOR PREISS

Der Berg kreiste und gebar ein – zeitlich befristetes Platzverbot für einzelne Jugendliche. Ein bescheidenes Ergebnis vor dem Hintergrund, dass sich Politik, Gemeinden und Polizei seit Jahren mit dem Thema öffentliche Saufgelage abmühen.

Wenn es überhaupt dazu kommt: Nachdem der Ministerpräsident und sein Innenminister mit ihrem Wunsch nach Sperrzonen am Widerstand in den eigenen Parteien vorerst gescheitert sind, ist auch das von den Grünen vorgelegte Kompromissangebot noch lange nicht durch. Teile von SPD und Grünen stellen sich quer, was kein gutes Licht auf die Koalition wirft. Es gibt offenbar doch Themen, wo entgegen beiderseitigen Beteuerungen keine Übereinstimmung zwischen Grünen und Roten, zwischen Parteispitze und Basis herzustellen ist.

In der Sache ist es richtig, den jüngsten Vorschlag zu torpedieren. Er ist nämlich Quatsch. Verfassungs- und datenschutzrechtlich problematisch, und auch praktisch nicht durchsetzbar. Wie will die Polizei einzelne Jugendliche erfassen? Mit einer „Säuer-Datei“, wie SPD-Fraktionschef Schmiedel ketzerisch fragt? Sicher nicht. Wo liegen die Grenzen des Sich-daneben-Benehmens: Beim bloßen Trinken? Lautsein? Grölen? Pöbeln? Und wie will man Problemfälle am Betreten der Altstadt hindern: Durch Einlasskontrollen? Man muss kein großer Strategie sein, um zu erkennen, dass sich das Modell Stadion nicht auf den öffentlichen Raum übertragen lässt.

Die Grünen sind gut beraten, sich an ihren freiheitlichen Grundsatz zu erinnern und die Verbotsdebatte einzustellen – wenn man sich schon innerparteilich nicht grün ist. Gar kein Kompromiss ist im Zweifel besser als ein schlechter. Das Alkoholproblem muss ursächlicher angegangen werden. Darüber nachzudenken, warum es die Flasche Wodka für fünf Euro zu kaufen gibt, wäre ein Anfang.

g.preiss@stn.zgs.de

Rundschlag

VON NILS GRAEFE

Griff nach den Sternen

Es besteht die Möglichkeit, dass der Traum von Windkraftanlagen auf der Buocher Höhe des Waiblinger Oberbürgermeisters in naher Zukunft ausgeträumt ist – oder auch nicht. Doch wer Andreas Hesky kennt, weiß, dass dieser Mann für jeden Fall vorsorgt. So auch Vorsorge trifft für ein Scheitern eines jeden Projekts. Vorsorge trifft für den tiefen Fall, den *Skyfall* (Himmelssturz). Aus dem gleichnamigen James-Bond-Film hat sich Hesky Ideen dafür gesammelt. Hesky wurde jüngst bei einer *Skyfall*-Vorstellung zusammen mit seiner Frau im Traumpalast Waiblingen gesehen. Und, wie es heißt, beeindruckte ihn die Männlichkeit des Stehaufmännchens James Bond zutiefst. Trotz tiefsten Falls verfolgt er weiter seine Mission. Und Heskys Mission ist die Windkraft, um den Energiehaushalt seiner Stadt von den Fossil(ien) eines längst überkommenen Zeitalters zu säubern.

Für den Fall, dass es also mit den irdischen Windkraftanlagen auf der Buocher Höhe nicht klappen sollte, sorgt Hesky gerade vor. Genau verfolgt er die Meldungen über amerikanische Firmen, die sich bald ins Weltall aufzumachen gedenken, um die Möglichkeiten der Nutzung der dortigen Ressourcen auf beispielsweise Asteroiden auszuloten. Hesky lotet gerade auch aus. In konspirativen Verhandlungen mit Landrat Johannes Fuchs und der Energieagentur Rems-Murr sowie mit dem geheimen Unterinstitut für Raumfahrt und Flugscheiben des Instituts für Flugzeugbau der Universität Stuttgart diskutiert Hesky die Möglichkeiten der Nutzung von Sonnenwindrädern im All.

Als Vorsitzender des Trägervereins des Regionalen Kompetenzzentrums für Verpackungstechnik holt sich Hesky zudem gerade Expertisen ein, wie die Nachricht von Waiblingens Griff nach den Sternen für die Öffentlichkeit nett zu verpacken ist.

Ein Waiblinger Raumfahrtprojekt ist jedenfalls längst überfällig, denkt sich Hesky, auch um die lahme und verstopfte Infrastruktur der Region wieder voranzubringen, denn wann und ob der Nordostwind überhaupt je einmal kommt, steht schließlich auch in den Sternen.

Zwölfjährige sexuell genötigt

Über Netzwerk im Internet

Bad Cannstatt.

Polizeibeamte haben am Dienstag einen 30-Jährigen aus dem Rems-Murr-Kreis festgenommen, der im Verdacht steht, ein zwölfjähriges Mädchen über mehrere Wochen in einem Sozialen Netzwerk zu sexuellen Handlungen aufgefordert zu haben. Laut Bericht der Stuttgarter Polizei hatte das Mädchen den Mann Ende vergangenen Jahres im Internet kennengelernt. Nachdem das Kind Vertrauen aufgebaut hatte, forderte er die Zwölfjährige zu sexuellen Handlungen vor der Web-Cam auf. Bei einer richterlich angeordneten Wohnungsdurchsuchung wurden drei Laptops, mehrere Festplatten und Speichermedien beschlagnahmt. Die Auswertung und die weiteren Ermittlungen dauern an. Der 30-Jährige wurde nach Abschluss der Anzeigenaufnahme wieder entlassen. Hinweis der Polizei: „Im Internet lauern viele Gefahren. Geben Sie ihren Kindern Sicherheit im Umgang mit den neuen Medien“ – mehr auf www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/medienkompetenz.

In Kürze

Welzheim.

Die Loipen um Welzheim sind teils gesperrt: ab Stausee Richtung Königseiche sowie die Loipe Bockseiche. Biathlon am Samstag und Sonntag ab 10 Uhr möglich (Anmeldung ☎ 01 75 / 1 68 14 89).

Personalie

Albert Krüger aus Welzheim-Breitenfurt ist seit 40 Jahren bei der ASTOR-Plast Klebetechnik SE. 1973 begann er seine Tätigkeit als „Beschichter“ in der Produktion des Unternehmens, das damals noch als MAPA-Plast firmierte. „Der Jubilär war seinem Arbeitgeber immer treu verbunden und hat zuverlässig und fleißig seine Dienste geleistet“ – in einer Feierstunde sprach ihm die Geschäftsleitung Dank und Anerkennung aus und überreichte Geschenke sowie die Urkunden der IHK und des Landes.



Albert Krüger

EXTRA: Die Korber Veranstaltung gegen Windkraft auf der Buocher Höhe



Interessiert, gespannt und teils recht frohgemut: Großes Publikum in der Korber Remstalhalle.

Bilder: Büttner

Windräder im Erholungswald

Sein Nein zu dieser Idee erklärte der Verein „Schützt die Buocher Höhe“ in der Remstalhalle

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED PETER SCHWARZ

Korb.
Die Korber Remstalhalle gut gefüllt, die Diskussionskultur angenehm fair, die Fülle der Argumente fulminant: eine Bilanz zur Info-Veranstaltung des Vereins „Schützt die Buocher Höhe“.

An die vierhundert Besucher; und das, obwohl es in den vergangenen Monaten andernorts bereits diverse andere Info-Termine zu den Windkraftplänen auf der Buocher Höhe gab; vierhundert – obwohl die Argumente der Gegner über Flyer, Pressegespräche, Mitteilungsblätter längst breit gestreut und vielen sattsam bekannt sind; und im Fernsehen das Handball-Spiel Deutschland gegen Spanien läuft. Vierhundert, das ist eine politische Zahl, die unmittelbar Fragen aufwirft: Wird sich zum Beispiel angesichts dieses Fanals der Korber Bürgermeister Jochen Müller, ein netter Mann, der den Konsens und die Harmonie schätzt und als stiller Zuhörer in der Halle sitzt, der Windkraft-Euphorie seines Waiblinger Kollegen Andreas Hesky anschließen wollen? Vierhundert: Die Zahl ist das erste Argument an diesem Abend, bevor die Experten vom Höhenschützer-Verein auf dem Podium auch nur angefangen haben zu reden.

Und dann legen sie los, mit Statistiken und Schaubildern bewehrt, powerpointgestützt, via Kamera wird das Gesicht des jeweiligen Redners auf Großleinwand übertragen: Das Präsentationsdesign ist so top-professionell, wie man es sonst bloß von der Evangelisationsaktion „Pro Christ“ kennt. Die einschlägigen Argumente des Vereins im Schnelldurchlauf: Windräder mit 138 Metern Nabenhöhe und Rotorspitzen, die bis in fast 190 Meter Höhe hinaufkreiseln, sind Industrieanlagen – für jedes Rad muss zunächst mal ein Hektar Wald abgeholzt werden, auch wenn die Hälfte davon im Lauf der Jahre wieder aufgeforstet werden kann. Solche Kawenzmänner in womöglich teilweise bloß 700 Metern Entfernung zur Wohnbebauung hinzustellen, während zum Beispiel das Land Nordrhein-Westfalen 1500 Meter Mindestabstand verlangt – das könnte zu Lärmbelastungen führen, vor allem nachts, wenn die Umgebungsgläusche verstummen und sich das tags in den allgemeinen Pegel eingebettete Brummen hörbar herauschallt. Die Buocher Höhe ist ein regionaler Grünzug, ein Landschaftsschutzgebiet, ein gesetzlicher Erholungswald – „in solch ein wertvolles Gebiet solche Anlagen hineinpflanzen zu wollen, das übersteigt meine Vorstellungskraft“, erklärt unter Applaus Höhenschützer Bernd Fischer.

Die Schlüsselfrage: Lohnt sich dieses Opfer?

Danach arbeiten sich die Vereinsmitglieder Thomas Düser und Günter Möss an einer Schlüsselfrage ab: Stehen die zu erbringenden Opfer in einem vernünftigen Verhältnis zum erwartbaren Ertrag? Die beiden Referenten treten als Antwort eine regelrechte Datenlawine los.

Windpark Simmersfeld im Schwarzwald; 2007 gebaut; 14 Räder; ein Leuchtturm-, ein Vorzeigeprojekt; schreibt im dritten Jahr hintereinander Verlust. Die örtliche Zeitung berichtet von „getäuschten Anlegern“ und einem schicksalsergebenen Betreiber, der sagt: „Gegen das Klima und den lieben Herrgott kommen wir nun mal nicht an.“ In Simmersfeld wurden 64 Giga-Watt-Stunden Stromertrag im Jahr prognostiziert.

Tatsächliche Bilanz: 44 Giga-Watt-Stunden im besten Jahr; 29 im schlechtesten.

„Voll-Last-Stunden“ (VLS): So nennt man die Zahl der Stunden im Jahr, die eine Anlage auf vollen Touren läuft. Off-Shore-Windparks kommen auf knapp 4000 VLS. Die baden-württembergischen Windräder lagen im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2010 bei gut 1100 VLS; und 2012 bei unter 500. Das „Deutsche Windenergie Institut“ aber geht davon aus, dass Windräder, wie sie für die Buocher Höhe angedacht sind, fast 2000 VLS brauchen, um wirtschaftlich zu sein. Wie, fragt Thomas Düser, passt das zusammen? 6,5 Giga-Watt-Stunden Stromertrag im Jahr pro Windrad – damit kalkuliert der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky für die Buocher Höhe; Günter Möss nennt das „völlig utopisch“.

Die anschließende Diskussion: Die meisten Leute, die sich melden, sind Vereinsmitglieder oder Gäste aus Anti-Windkraft-Bürgerinitiativen anderer Gegenden. Manche ergänzen oder präzisieren die Bestandaufnahmen der Hauptredner; manche finden, die Expertisen der Podiumsleute waren nicht drastisch genug. Einer aus dem Publikum malt gar ein Blutbad an die Wand: „Wenn die Flügel der Windräder in die Wohngebiete einschlagen – wer will diese Toten dann verantworten?“

Indes, es gibt auch Einsprüche – sie wer-

den aus dem Publikum zwar vereinzelt mit Geraune und ein paar Pfiffen bedacht, aber die Männer auf der Bühne hören gelassen und konzentriert zu.

Sie habe, sagt eine Frau, ein „Windrad gehört bei voller Last“ und könne „in keiner Weise nachvollziehen, was Sie vorher als Gehörprobe gebracht haben“; in der Tat war zu Beginn des Abends ein verstörend lautes Knattern und Röhren eingespielt worden. „Ich habe nur ein Flattern gehört.“ Der Korber Gerhard Brenner, einer der glühendsten Energiewende-Vorkämpfer der Gemeinde, assistiert: Auch er habe sich schon unter so ein Rad gestellt – „gehört hat man das bisschen, wenn der Rotor am Mast vorbeistrich.“ Ssst-ssst“. Günter Möss antwortet: „Bei Tag hören Sie die Windräder in der Regel nicht. Das Problem ist nachts.“

Und noch ein Publikumsbeitrag – ein Mann bekennt: Ja, auch er sei „gegen die Windkraft auf der Buocher Höhe“. Aber, ruft er in den Saal: „Immer nur dagegen zu sein, ist nichts!“ Wer dieses eine Projekt für sinnlos halte, müsse dafür auf andere Weise die Energiewende voranbringen – baut Blockheizkraftwerke, fordert der Mann, installiert Fotovoltaikanlagen, Holzpellets- oder Hackschnitzelheizungen, Wärmepumpen! ... Verhaltener Applaus.

© Weitere Bilder auf www.zvw.de



Regler Betrieb am Tisch, wo die Unterschriftenlisten gegen das Projekt ausliegen.



Auch ein Windkraftbefürworter wagte sich ans Mikrophon: Der Korber Gerhard Brenner.



Eins-a-Präsentations-Technologie: Der Bauphysiker Roland Kurz erklärt Powerpoint- und Großleinwandgestützt, dass der B-14-Verkehr und ein Windpark in Sachen Lärm vergleichbar seien.

Landschaftsschutz

Wie das Landratsamt Rems-Murr zu den Vorranggebieten für Windkraft Stellung bezogen hat, ist **geheim Kommandosache**. Nur so viel lässt die Pressestelle verlauten: Die Behörde steckt in einer Zwickmühle zwischen Klima- und Landschaftsschutz.

Bevor eine Windkraftanlage in einem Landschaftsschutzgebiet gebaut werden darf, muss die ausgewiesene Fläche entsprechend umgewidmet werden. Ein langwieriger Prozess, räumt Regionalplaner **Thomas Kiwitt** vom Verband Region Stuttgart ein.

So viel lässt Kiwitt raus: Der Rems-Murr-Kreis habe sich in seiner Landschaftsschutz-Stellungnahme sehr intensiv mit den einzelnen Vorranggebieten auseinandergesetzt. Für einige Gebiete sei ein Änderungsverfahren in Aussicht gestellt worden, für andere nicht oder nur teilweise. Konkret: Das Landratsamt neigt bei den Vorranggebieten im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald wohl keinesfalls dazu, Landschaftsschutz-Verordnungen aufzuheben und damit den Bau von Windrädern zu ermöglichen. Standorte im Bereich Althütte oder Spiegelberg gelten als unkritisch. Für den Raum Backnang/Winnenden, zu dem die **Buocher Höhe** gehört, liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen: Hier könne allenfalls über die Umwidmung von Teilflächen geredet werden.

Wie berichtet, hat der Verband Region Stuttgart 96 Vorranggebiete für Windkraft vorgeschlagen, davon rund 20 im Kreis. Die Bürger konnten dazu bis 30. November ebenso Stellung nehmen wie Kommunen und Behörden. Bald zeichnete sich ab, dass vor allem die unteren Naturschutzbehörden im Landratsamt ihre liebe Not mit Windrädern in Landschaftsschutzgebieten haben. Windkraftbefürworter wie der Winterbacher Bürgermeister **Albrecht Ulrich** befürchten, die Naturschutzbehörde werde. Klar ist: Wenn ein Landratsamt nicht ins Änderungsverfahren einsteigen will, ist der Windkraft-Standort **faktisch gestorben**.

„Wir sind grundsätzlich für den Ausbau der regenerativen Energien“, versichert Landratsamt-Pressesprecherin Gabriele Bellviure. Allerdings räumt sie dabei Probleme mit dem Geschäftsbereich Umweltschutz ein. Der ist für die Landschaftsschutzgebiete zuständig. Das Land habe zwar die Voraussetzungen für den Bau von Windkraftanlagen geschaffen, dabei aber schlicht den Aspekt Umweltschutz vergessen. Wenn das Land mehr erneuerbare Energien wolle, müsse es auch die Gesetze ändern. Man könne vom Landratsamt nicht verlangen, für die Energiewende einfach die **geltenden Gesetze** zu übertreten.

Derzeit sind die Regionalplaner damit beschäftigt, den Berg an Stellungnahmen abzarbeiten. Bis Frühlings sollen die Ergebnisse vorliegen und in der Regionalversammlung präsentiert werden. Spätestens dann wird klar sein, wie sich das Landratsamt zum Standort **Buocher Höhe** stellt.